

Datenschutzrechtliche Informationen zur Übernahme von Gewähr-, Garantie- oder Kulanzleistungen

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Carl Werthenbach Konstruktionsteile GmbH & Co. KG, Grafenheider Str. 101, 33729 Bielefeld
Telefon: +49-521-9768-0, Telefax: +49-521-9768-252, E-Mail: info@werthenbach.de

Gesetzlicher Vertreter der Verantwortlichen

Geschäftsführer: Christian Heidemann, Andreas Sudbrak, Mario von Hören

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

datenschutzbeauftragter@werthenbach.de

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit

Regress in der Lieferkette: Abwicklung der Gewähr-, Garantie-, und/oder Kulanzleistungen des Kunden (Werkstatt, Einzelhändler) im Rahmen der Mängelbeseitigung (z.B. Rücknahme und Austausch defekter Bauteile) gegenüber dem Endnutzer (Verbraucher, Endkunde) durch den Verantwortlichen mit dessen Vorlieferanten (Hersteller des mangelhaften Bauteils).

Gesetzliche Aufbewahrungspflichten: Die Speicherung der Gewähr-, Garantie- und/oder Kulanzleistungsfälle über den Zeitraum der Abwicklung des konkreten Falls hinaus, dient der Erfüllung der dem Verantwortlichen obliegenden gesetzlichen Aufbewahrungspflichten aus dem Handels- und Steuerrecht.

Kategorien personenbezogener Daten

Private und/oder geschäftliche Kontaktdaten des Endnutzers (z.B. Name, Adresse, Mobil- und Telefonnummer, ggf. E-Mail-Adresse) sowie Identifikationsdaten des Fahrzeugs (Amtliches Kennzeichen und/oder Fahrgestellnummer).

Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten des Endnutzers erhalten sowohl interne Empfänger des Verantwortlichen (Abteilung Gewährleistung/Retouren als auch externe Empfänger (Hersteller des mangelhaften Bauteils).

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit

Die Verarbeitung (insbesondere Nutzung, Übermittlung) der o.g. personenbezogenen Daten des Endnutzers dient dem Verantwortlichen zunächst zur Wahrnehmung dessen berechtigter Interessen. Dieses berechnete Interesse des Verantwortlichen ist der Regress in der Lieferkette und damit die Geltendmachung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen gegenüber dessen Vorlieferanten. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitungstätigkeit ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO.

Die Verarbeitung (insbesondere Speicherung, Archivierung) der personenbezogenen Daten des Endnutzers nach Geltendmachung der Rechtsansprüche des Verantwortlichen dient der Erfüllung der dem Verantwortlichen obliegenden gesetzlichen Aufbewahrungspflichten aus dem Handels- und Steuerrecht (u.a. § 147 AO, § 257 HGB). Rechtsgrundlage für diese Verarbeitungstätigkeit ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO.

Verpflichtung der betroffenen Person die personenbezogenen Daten bereitzustellen, Folgen einer Nichtbereitstellung der Daten

Eine gesetzliche, vertragliche oder sonstige Verpflichtung der Endnutzer, dem Verantwortlichen ihre personenbezogenen Daten zur Verarbeitung zur Verfügung zu stellen, besteht nicht. Die Bereitstellung erfolgt seitens des Kunden des Verantwortlichen, um den Nachweis über die Eigenschaft dessen Kunden als Endnutzer zu führen.

Datenübermittlungen in Drittländer oder internationale Organisationen

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten der betroffenen Personen in Drittländer oder an internationale Organisationen durch den Verantwortlichen ist nicht beabsichtigt. Es kann jedoch zu einer Weiterleitung der personenbezogenen Daten durch den in der EU bzw. dem EWR ansässigen Hersteller an dessen verbundene Unternehmen außerhalb der EU bzw. des EWR kommen. Hierauf hat der Verantwortliche keinen Einfluss.

Fristen zur Löschung der Daten

Der Verantwortliche löscht die personenbezogenen Daten sobald der o.g. Zweck ihrer Verarbeitung erfüllt ist, d.h. erfolgreich Regress in der Lieferkette genommen wurde und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten (z.B. § 147 AO, § 257 HGB) entgegenstehen. Diese Aufbewahrungspflichten können bis zu zehn Jahre betragen (§ 147 Abs. 3, 4 AO, § 257 Abs. 4, 5 HGB).

Die personenbezogenen Daten des Endnutzers werden damit grundsätzlich nach längstens zehn Jahren ab dem in den o.g. Vorschriften benannten Zeitpunkten gelöscht.

Im Einzelfall kann es erforderlich sein, die personenbezogenen Daten des Endnutzers zur Verteidigung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen gegenüber dessen Vorlieferanten zu verarbeiten (z.B. Durchsetzung von Zahlungsansprüchen).

Der Verantwortliche orientiert sich auch in diesem Fall an den gesetzlichen Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen. Dies kann eine Speicherung über die Dauer von zehn Jahren hinaus zur Folge haben. So beträgt die gesetzliche Verjährungsfrist etwa im Fall rechtskräftig festgestellter Ansprüche 30 Jahre ab Rechtskraft der Entscheidung (§ 197 Abs. 1 Nr. 3 BGB in Verbindung mit § 201 S. 1 BGB).

Nach Ablauf der einschlägigen Aufbewahrungsfrist erfolgt eine datenschutzkonforme Löschung durch den Verantwortlichen.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung, gleich welcher Art, erfolgt nicht.

Rechte der betroffenen Person:

Die betroffene Person hat das Recht von dem Verantwortlichen Auskunft über die personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls deren Berichtigung, Löschung oder Übertragung oder die Einschränkung ihrer Verarbeitung zu verlangen, ferner das Recht zur Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Widerspruchsrecht

Die betroffene Person hat unter den in Art. 21 DS-GVO benannten Voraussetzungen das Recht einer Verarbeitungstätigkeit, die auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO beruht zu widersprechen.